

# AGBs für Firmenkunden

## Terms and Conditions for Corporate Customers

5/2016

### ab-precision

Adrian Bernhard  
Kappbergstr. 48  
D-86391 Stadtbergen

Note: An English version follows on page 7 below.

## I. Allgemeine Bestimmungen

1. Für den Umfang der Lieferungen oder Leistungen (im Folgenden: Lieferungen) sind die beiderseitigen schriftlichen Erklärungen maßgebend. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bestellers gelten jedoch nur insoweit, als der Lieferer oder Leistende (im Folgenden: Lieferer) ihnen ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat.
2. An Kostenvoranschlägen, Zeichnungen und anderen Unterlagen (im Folgenden: Unterlagen) behält sich der Lieferer seine eigentums- und urheberrechtlichen Verwertungsrechte uneingeschränkt vor. Die Unterlagen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Lieferers Dritten zugänglich gemacht werden und sind, wenn der Auftrag dem Lieferer nicht erteilt wird, diesem auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Unterlagen des Bestellers; diese dürfen jedoch solchen Dritten zugänglich gemacht werden, denen der Lieferer zulässigerweise Lieferungen übertragen hat.
3. An Standardsoftware hat der Besteller das nicht ausschließliche Recht zur Nutzung mit den vereinbarten Leistungsmerkmalen in unveränderter Form auf den vereinbarten Geräten. Der Besteller darf ohne ausdrückliche Vereinbarung eine Sicherungskopie erstellen.
4. Teillieferungen sind zulässig, soweit sie dem Besteller zumutbar sind.

## II. Preise und Zahlungsbedingungen

1. Die Preise verstehen sich ab Werk ausschließlich Verpackung zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.
2. Zahlungen sind frei Zahlstelle des Lieferers zu leisten.
3. Der Besteller kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

## III. Eigentumsvorbehalt

1. Die Lieferware und ein Exemplar der an den Besteller übergebenen Dokumentation

(Vorbehaltsware) bleiben Eigentum des Lieferers bis zur Erfüllung sämtlicher ihm gegen den Besteller aus der Geschäftsverbindung zustehenden Ansprüche. Die Rechte des Lieferers hinsichtlich Urheber- und Leistungsschutzrechten und/oder sonstigen gewerblichen Schutzrechten gemäß Ziffer I. 3. bleiben hiervon unberührt. Soweit der Wert aller Sicherungsrechte, die dem Lieferer zustehen, die Höhe aller gesicherten Ansprüche um mehr als 20 % übersteigt, wird der Lieferer auf Wunsch des Bestellers einen entsprechenden Teil der Sicherungsrechte freigeben. Die Auswahl der freizugebenden Sicherungsrechte bleibt dem Lieferer vorbehalten.

2. Während des Bestehens des Eigentumsvorbehalts ist dem Besteller eine Verpfändung oder Sicherungsübereignung untersagt und die Weiterveräußerung nur Wiederverkäufern im gewöhnlichen Geschäftsgang und nur unter der Bedingung gestattet, dass der Wiederverkäufer von seinem Kunden Bezahlung erhält oder den Vorbehalt macht, dass das Eigentum auf den Kunden erst übergeht, wenn dieser seine Zahlungsverpflichtungen erfüllt hat.

3. Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Besteller den Lieferer unverzüglich zu benachrichtigen.

4. Bei Pflichtverletzungen des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer nach erfolglosem Ablauf einer dem Besteller gesetzten angemessenen Frist zur Leistung zum Rücktritt und zur Rücknahme berechtigt; die gesetzlichen Bestimmungen über die Entbehrlichkeit einer Fristsetzung bleiben unberührt. Der Besteller ist zur Herausgabe verpflichtet.

5. Der Eigentumsvorbehalt erstreckt sich auf die durch Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung der Vorbehaltsware entstehenden Erzeugnisse zu deren vollem Wert, wobei der Lieferer als Hersteller gilt. Bleibt bei einer Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung der Vorbehaltsware mit Waren Dritter deren Eigentumsrecht bestehen, so erwirbt der Lieferer Miteigentum im Verhältnis der Rechnungswerte der verarbeiteten, vermischten oder verbundenen Waren. Im Übrigen gilt für das entstehende Erzeugnis das Gleiche, wie für die unter Eigentumsvorbehalt gelieferte Ware.

6. Die aus einem Weiterverkauf der Vorbehaltsware oder des Erzeugnisses entstandenen Forderungen gegen Dritte (einschließlich sämtlicher Saldoforderungen aus dem Kontokorrent) tritt der Besteller bereits jetzt sicherungshalber in vollem Umfang bzw. in Höhe des etwaigen Miteigentumsanteils des Lieferers an den Lieferer ab. Der Lieferer nimmt die Abtretung an.

7. Die in III. 4. genannten Pflichten des Bestellers gelten auch entsprechend in Ansehung der abgetretenen Forderungen.

8. Der Lieferer ermächtigt den Besteller widerruflich, die an den Lieferer abgetretenen Forderungen für Rechnung des Lieferers in eigenem Namen einzuziehen. Diese Einziehungsermächtigung kann nur widerrufen werden, wenn der Besteller seinen Zahlungsverpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommt, in Zahlungsverzug gerät, Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt hat oder ein sonstiger Mangel seiner Leistungsfähigkeit vorliegt. In diesem Fall kann der Lieferer verlangen, dass der Besteller die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner dem Lieferer bekannt gibt, alle zum Forderungseinzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldner die Abtretung anzeigt.

## **IV. Fristen für Lieferungen; Verzug**

1. Die Einhaltung von Fristen für Lieferungen setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Besteller zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen, sowie die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsbedingungen und sonstigen Verpflichtungen durch den Besteller voraus. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so verlängern sich die Fristen angemessen; dies gilt nicht, wenn der Lieferer die Verzögerung zu vertreten hat.

2. Ist die Nichteinhaltung der Fristen auf höhere Gewalt, z. B. Mobilmachung, Krieg, Aufruhr, oder

auf ähnliche Ereignisse, z. B. Streik, Aussperrung, zurückzuführen, verlängern sich die Fristen angemessen.

3. Kommt der Lieferer aufgrund leichter Fahrlässigkeit in Verzug, kann der Besteller – sofern er glaubhaft macht, dass ihm hieraus ein Schaden entstanden ist – eine Entschädigung für jede vollendete Woche des Verzuges von je 0,5 %, insgesamt jedoch höchstens 5 % des Preises für den Teil der Lieferungen verlangen, der wegen des Verzuges nicht in zweckdienlichen Betrieb genommen werden konnte. Dem Lieferer bleibt der Nachweis gestattet, dass dem Besteller gar kein Schaden oder nur ein wesentlich geringerer Schaden, als vorstehende Pauschale entstanden ist.

4. Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen Verzögerung der Lieferung, die über die in Nr. 3 genannten Grenzen hinausgehen, sind in allen Fällen verzögerter Lieferung, auch nach Ablauf einer dem Lieferer etwa gesetzten Frist zur Lieferung, ausgeschlossen. Dies gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird.

5. Der Besteller ist verpflichtet, auf Verlangen des Lieferers innerhalb einer angemessenen Frist zu erklären, ob er wegen der Verzögerung der Lieferung vom Vertrag zurücktritt oder auf der Lieferung besteht.

6. Werden Versand oder Zustellung auf Wunsch des Bestellers um mehr als einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft verzögert, kann dem Besteller für jeden angefangenen Monat Lagergeld in Höhe von 0,5 % des Preises der Gegenstände der Lieferungen, höchstens jedoch insgesamt 5 %, berechnet werden. Der Nachweis höherer oder niedrigerer Lagerkosten bleibt den Vertragsparteien unbenommen.

## **V. Gefahrübergang**

1. Die Gefahr geht auch bei frachtfreier Lieferung auf den Besteller über, wenn die Lieferungen zum Versand gebracht oder abgeholt worden sind. Auf Wunsch und Kosten des Bestellers werden Lieferungen vom Lieferer gegen die üblichen Transportrisiken versichert.

2. Wenn der Versand, die Zustellung oder der Beginn der Lieferungen aus vom Besteller zu vertretenden Gründen verzögert wird oder der Besteller aus sonstigen Gründen in Annahmeverzug kommt, so geht die Gefahr auf den Besteller über.

## **VI. Entgegennahme**

Der Besteller darf die Entgegennahme von Lieferungen wegen unerheblicher Mängel nicht verweigern.

## **VII. Sachmängel**

Für Sachmängel haftet der Lieferer wie folgt:

1. Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind nach Wahl des Lieferers unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die innerhalb der Verjährungsfrist – ohne Rücksicht auf die Betriebsdauer – einen Sachmangel aufweisen, sofern dessen Ursache bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag. Eine Reparatur ist in der Regel nur am Standort des Lieferers möglich.

2. Sachmängelansprüche für neue Produkte verjähren in einem Jahr, für gebrauchte Produkte in 30 Tagen ab Anlieferung beim Kunden. Dies gilt nicht, soweit das Gesetz gemäß §§ 479 Abs. 1 BGB (Rückgriffsanspruch) längere Fristen vorschreibt sowie in Fällen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Lieferers und bei arglistigem Verschweigen eines Mangels. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt.

3. Der Besteller hat Sachmängel gegenüber dem Lieferer unverzüglich schriftlich zu rügen.
4. Bei Mängelrügen dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang zurückgehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen. Der Besteller kann Zahlungen nur zurückhalten, wenn eine Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Lieferer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu verlangen.
5. Zunächst ist dem Lieferer Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu gewähren.
6. Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Besteller – unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche gemäß Art. X – vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.
7. Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, bei natürlicher Abnutzung oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel, mangelhafter Installation oder die aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind, sowie bei nicht reproduzierbaren Softwarefehlern. Werden vom Besteller oder von Dritten unsachgemäß Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, so bestehen für diese und die daraus entstehenden Folgen ebenfalls keine Mängelansprüche. Zudem erlöschen Sachmängelansprüche bei Entfernung oder Zerstörung angebrachter Siegel.
8. Ansprüche des Bestellers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Bestellers verbracht worden ist. Kosten und Risiko für die Rücksendung von Waren gehen zu Lasten des Bestellers.
9. Rückgriffsansprüche des Bestellers gegen den Lieferer gemäß § 478 BGB (Rückgriff des Unternehmers) bestehen nur insoweit, als der Besteller mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat. Für den Umfang des Rückgriffsanspruchs des Bestellers gegen den Lieferer gemäß § 478 Abs. 2 BGB gilt ferner Nr. 8 entsprechend.
10. Für Schadensersatzansprüche gilt im Übrigen Art. X (Sonstige Schadensersatzansprüche). Weitergehende oder andere als in diesem Art. VII geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer oder dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.

## **VIII. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte; Rechtsmängel**

1. Sofern nicht anders vereinbart, ist der Lieferer verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferorts frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (im Folgenden: Schutzrechte) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom Lieferer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Besteller berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der in Art. VII Nr. 2 bestimmten Frist wie folgt:
  - a) Der Lieferer wird nach seiner Wahl auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das Schutzrecht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies dem Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.
  - b) Die Pflicht des Lieferers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach Art. X.

c) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferers bestehen nur, soweit der Besteller den Lieferer über die vom Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Besteller die Nutzung der Lieferung aus schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit

d) der Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.

2. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.

3. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Bestellers, durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird.

4. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Nr. 1 a) geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen des Art. VII Nr. 4, 5 und 9 entsprechend.

5. Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen des Art. VII entsprechend.

6. Weitergehende oder andere als die in diesem Art. VIII geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.

## **IX. Unmöglichkeit; Vertragsanpassung**

1. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Lieferer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Bestellers auf 10 % des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der Unmöglichkeit nicht in zweckdienlichen Betrieb genommen werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.

2. Sofern unvorhersehbare Ereignisse im Sinne von Art. IV Nr. 2 die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferung erheblich verändern oder auf den Betrieb des Lieferers erheblich einwirken, wird der Vertrag unter Beachtung von Treu und Glauben angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht dem Lieferer das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten. Will er von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch machen, so hat er dies nach Erkenntnis der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Besteller mitzuteilen und zwar auch dann, wenn zunächst mit dem Besteller eine Verlängerung der Lieferzeit vereinbart war.

## **X. Sonstige Schadensersatzansprüche**

1. Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche des Bestellers (im Folgenden: Schadensersatzansprüche), gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, sind ausgeschlossen.

2. Dies gilt nicht, soweit zwingend gehaftet wird, z. B. nach dem Produkthaftungsgesetz, in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit, wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, wegen der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung zur Erreichung des Ziels des Vertrages notwendig ist. Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, und der Lieferer haftet maximal bis zu einer

Obergrenze entsprechend der Haftungshöchstsumme der Produkthaftpflichtversicherung des Lieferers in Höhe von 5.000.000,00 Euro je Versicherungsfall bei Personen- und Sachschäden sowie bei Produktvermögensschäden inklusive Prüf- und Sortierkosten in Höhe von 100.000,00 Euro je Versicherungsfall, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird. In diesen Fällen haftet der Lieferer unbeschränkt im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden. Soweit die Haftung des Lieferers gemäß dieser Ziffer ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung seiner Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen.

3. Soweit dem Besteller nach diesem Art. X Schadensersatzansprüche zustehen, verjähren diese mit Ablauf der für Sachmängelansprüche geltenden Verjährungsfrist gemäß Art. VII Nr.2. Bei Schadensersatzansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz gelten die gesetzlichen Verjährungsvorschriften.

## **XI. Gerichtsstand und anwendbares Recht, Datenschutz**

1. Alleiniger Gerichtsstand ist, wenn der Besteller Kaufmann ist, bei allen aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar sich ergebenden Streitigkeiten der Sitz des Lieferers. Der Lieferer ist jedoch auch berechtigt, am Sitz des Bestellers zu klagen.

2. Für die Rechtsbeziehungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag gilt deutsches Recht unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

3. Der Besteller erlaubt dem Lieferer Vertragsdaten in maschinenlesbarer Form im Rahmen der Zweckbestimmung des Vertragsverhältnisses gemäß §28 BDSG zu speichern und zu verarbeiten. Die Daten werden vertraulich behandelt. Besteller wie Lieferer verpflichten sich darüber hinaus, etwaige im Rahmen der Geschäftsbeziehung bekannt gewordene, nicht öffentlich zugängliche Informationen, als vertraulich zu behandeln.

## **XII. Verbindlichkeit des Vertrages**

Der Vertrag bleibt auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen in seinen übrigen Teilen verbindlich. Das gilt nicht, wenn das Festhalten an dem Vertrag eine unzumutbare Härte für eine Partei darstellen würde. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen für ihre Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Abänderung dieses Schriftformerfordernisses.

## **I. General Provisions**

1. The scope of deliveries or services (hereinafter: Goods) shall be determined by the mutual written declarations of the contractual Parties. Terms and conditions of the Purchaser shall apply only insofar as the supplier or provider of services (hereinafter: Supplier) has given express prior consent in writing.
2. In respect to cost estimates, drafts and other documents (hereinafter: Documents), the Supplier retains the industrial property rights and copyright exploitation rights without limitation. The Documents may be disclosed to third parties only after the prior consent of the Supplier and, if the contract is not awarded to the Supplier, be returned immediately to the Supplier upon request. Clauses 1 and 2 shall apply mutatis mutandis to documents of the Purchaser, which may, however, be disclosed to third parties to whom the Supplier may have rightfully transferred the execution of the contract in full or in part.
3. In respect to standard software, the Purchaser shall have the nonexclusive right to use the software, provided that it remains unmodified, within the boundaries of the agreed scope of application, and only on the agreed technical equipment. The Purchaser may make a backup copy without express agreement.
4. Partial deliveries shall be permitted, provided they are reasonable to accept for the Purchaser.

## **II. Prices and Payment**

1. Prices shall be ex works, exclusive of costs for packaging, and exclusive of the respective statutory VAT to be added at the then applicable rate.
2. Payments shall be made free Supplier's paying office.
3. The Purchaser shall be entitled to offset only insofar as the Purchaser's counterclaim is acknowledged, undisputed or assessed in a legally binding judgement.

## **III. Retention of title**

1. The delivered goods and a copy of the documentation handed over to the Purchaser (hereinafter: Retained Goods) shall remain the property of the Supplier until each and every claim of the Supplier against the Purchaser on account of the business relationship has been fulfilled. The rights of the Supplier with regard to copyright and intellectual property rights and/or neighbouring rights in accordance with Section I. 3. remain unaffected. If the combined value of all security interests accorded to the Supplier exceeds the value of all secured claims by more than 20 %, the Supplier shall release a corresponding part of the security upon request of the Purchaser. The election of the releasable security interest is reserved to the Supplier.
2. During the period of above retention of title, the Purchaser may not pledge nor make security transfers in respect to the Retained Goods. Resale of the Retained Goods shall be permitted in the ordinary course of business only and only on condition that the reselling Purchaser receives payment of the Retained Goods or makes the transfer of property of the Retained Goods to its customer dependent upon the customer fulfilling its obligation to make payment.
3. In the event of attachment, seizure or any other act of intervention by third parties the Purchaser shall notify the Supplier immediately.
4. If the Purchaser fails to fulfil its duties, in particular in case of delay in payment, the Supplier shall be entitled to withdraw from the contract and claim the Retained Goods to be returned in the case of continued failure following the expiration of a reasonable time set by the Supplier; the

statutory provisions pertaining to the dispensability to set a time limit remain unaffected. The Purchaser shall be obliged to surrender the Retained Goods.

5. If the Purchaser processes, modifies, connects to or mixes the Retained Goods with other goods which do not belong to the Supplier, it is agreed that this shall be done on behalf and for the account of the Supplier as manufacturer, and the Supplier shall immediately acquire ownership at the full value of the new goods. If a third party remains co-owner of the produced goods, the Purchaser shall acquire co-ownership of the new goods based on the relation of the value of the products subject to retention of title to the goods processed, modified, connected or mixed at the time of the processing, modification, connection or mixture. The new goods shall be considered as Retained Goods under above retention of title.

6. The Purchaser shall transfer to the Supplier as security all its claims (including all balances from the current account) which result from the resale of the Retained Goods, including the produced goods, to full extent or partially corresponding to the value of the co-ownership of the produced goods. The Supplier hereby accepts the transfer of claims.

7. The stipulations made in Section III. 4. shall apply correspondingly in respect to the transferred claims.

8. The Supplier revocably authorizes the Purchaser to collect the transferred receivables assigned to the Supplier on behalf of the Supplier in the Purchaser's own name. This authorization may be revoked only if the Purchaser fails to meet its payment obligations, in case of arrears, in case of application for insolvency proceedings, or for any other defect in the Purchaser's performance. In this case, the Supplier may require that the Purchaser discloses the transferred claims and their debtors to the Supplier, to provide all necessary information to debt collection, hand over all relevant documents, and give the debtors notice of the transfer of claims.

## **IV. Delivery times; Delay**

1. Times set for delivery of Goods shall only be binding, if all documents to be provided by the Purchaser, as well as necessary permits and approvals, especially concerning plans, are received in due time, and if agreed terms of payment and any other obligation of the Purchaser are fulfilled. If these conditions are not fulfilled on time, times set shall be extended appropriately; this shall not apply, if the Supplier is responsible for the delay.

2. If non-compliance with times set occurs due to force majeure e.g. mobilization, war, rebellion or similar events, e.g. strike or lockout, such time shall be extended appropriately.

3. If the Supplier is in delay due to slight negligence, the Purchaser – provided the Purchaser demonstrably suffered a loss therefrom – may claim compensation as liquidated damages of 0.5 % for each completed week of delay, not to exceed 5 % in total of the price of the part of the Goods that could not be put into useful operation due to the delay. The Supplier shall be entitled to prove that the Purchaser did not suffer any damage or only a minor loss than foregoing lump sum.

4. Purchaser's claims for damages due to the delayed delivery of Goods exceeding the limits specified in above No. 3 shall be excluded in all cases of delayed Goods even upon expiry of a time set to the Supplier to effect the delivery of Goods. This shall not apply in all cases of mandatory liability based on intent, gross negligence, or due to injury of life, body or health.

5. At the Supplier's request the Purchaser shall declare within a reasonable period of time whether the Purchaser cancels the contract due to the delayed Goods or insists on the delivery of Goods to be carried out.

6. If dispatch or shipment is delayed at the Purchaser's request by more than one month after notice of readiness for dispatch was given, the Purchaser may be charged, for every month commenced, storage costs of 0.5 % of the price of the items of the Goods, but in no case more than 5 % in total.



The parties to the contract may prove that higher or, as the case may be, lower storage costs have been incurred.

## **V. Transfer of Risks**

1. The risk shall pass to the Purchaser even where delivery has been agreed freight free, if the delivery has been shipped or picked up by the carrier. Upon request of the Purchaser, the Supplier shall insure the Goods against the usual risks of transports at the expense of the Purchaser.
2. The risk shall pass to the Purchaser if dispatch, shipping or the start of performance of delivery is delayed for reasons for which the Purchaser is responsible or if the Purchaser has otherwise failed to accept the Goods.

## **VI. Receiving of Goods**

The Purchaser shall not refuse to receive Goods due to minor defects.

## **VII. Material Defects**

The Supplier shall be liable for material defects (hereinafter: Defects) as follows:

1. All parts or services where a Defect becomes apparent within the limitation period shall, at the discretion of the Supplier, be repaired, replaced, or provided again free of charge irrespective of the hours of operation elapsed, provided that the reason for Defect had already existed at the time when the risk passed.
2. Claims based on Defects of new products are subject to a limitation period of 12 months, for used products to thirty days after receipt by Purchaser. This provision shall not apply where longer periods are prescribed by law according to Sec. 479 para. 1 (right of recourse), German Civil Code (hereinafter: BGB), as well as in cases of injury of life, body or health, or where the Supplier intentionally or grossly negligently fails to fulfil its obligation or fraudulently conceals a Defect. The legal provisions regarding suspension of expiration (“Ablaufhemmung”), suspension (“Hemmung”) and recommencement of limitation periods remain unaffected.
3. The Purchaser shall notify Defects to the Supplier in writing and without due delay.
4. In the case of notification of a Defect, the Purchaser may withhold payments to a reasonable extent taking into account the Defect occurred. The Purchaser, however, may withhold payments only if the subject-matter of the notification of the Defect occurred is justified beyond doubt. Unjustified notifications of Defect shall entitle the Supplier to have its expenses reimbursed by the Purchaser.
5. The Supplier shall first be given the opportunity to supplement its performance (“Nacherfüllung”) within a reasonable period of time.
6. If supplementary performance is unsuccessful, the Purchaser shall be entitled to cancel the contract or reduce remuneration, irrespective of any claims for damages it may have according to Art. X.
7. There shall be no claims based on Defect in cases of insignificant deviations from agreed quality, of only minor impairment of usefulness, of natural wear and tear or damage arising after the transfer of risk from faulty or negligent handling, excessive strain, unsuitable equipment, defective installation, or from particular external influences not assumed under the contract, or from non-reproducible software errors. Claims based on defects attributable to improper modifications or repair work carried out by the Purchaser or third parties and the consequences thereof shall be likewise excluded. Furthermore claims shall be excluded if tamper seals have been removed or

destroyed.

8. The Purchaser shall have no claim with respect to expenses incurred in the course of supplementary performance, including costs of travel and transport, labour and material, to the extent that expenses are increased because the subject-matter of the Goods was subsequently brought to another location than the Purchaser's branch office. Costs and risk of return shipments by Purchaser to the Supplier shall be borne by the Purchaser.

9. The Purchaser's right of recourse against the Supplier pursuant to Sec. 478 BGB (Recourse of the entrepreneur) is limited to cases where the Purchaser has not concluded an agreement with its customers exceeding the scope of the statutory provisions governing claims based on Defects. Moreover, above No. 8 shall apply mutatis mutandis to the scope of the right of recourse the Purchaser has against the Supplier pursuant to Sec. 478 para. 2 BGB.

10. Furthermore, the provisions of Art. X (Other Claims for Damages) shall apply in respect of claims of damages. Any other claims of the Purchaser against the Supplier or its agents or any such claims exceeding the claims provided for in this Art. VII, based on a Defect, shall be excluded.

## **VIII. Industrial Property Rights and Copyright; Defects in Title**

1. Unless otherwise agreed, the Supplier shall be obliged to provide the Goods free from third parties' industrial property rights and copyrights (hereinafter: IPR) only with respect to the country of the place of destination. If a third party asserts a justified claim against the Purchaser based on an infringement of an IPR with respect to the Goods made by the Supplier and then used in conformity with the contract, the Supplier shall be liable to the Purchaser within the period stipulated in Art. VII No. 2 as follows:

a) The Supplier shall choose whether to acquire, at its own expense, the right to use the IPR with respect to the Goods concerned or whether to modify the Goods such that they no longer infringe upon the IPR or replace them. If this would be unreasonable to demand from the Supplier, the Purchaser may cancel the contract or reduce the remuneration pursuant to the applicable statutory provisions.

b) The Supplier's liability to pay damages shall be governed by Art. X.

c) The above obligations of the Supplier shall only apply if the Purchaser (i) immediately notifies the Supplier of any such claim asserted by the third party in writing, (ii) does not concede the existence of an infringement and (iii) leaves any protective measures and settlement negotiations to the discretion of the Supplier. If the Purchaser stops using the Goods in order to reduce damage or for other good reason, the Purchaser shall be obliged to point out to the third party that no acknowledgement of the alleged infringement may be inferred from the fact that the use has been discontinued.

2. Claims of the Purchaser shall be excluded if it is itself responsible for the infringement of an IPR.

3. Claims of the Purchaser shall also be excluded if the infringement of the IPR is caused by specifications made by the Purchaser, to a type of use not foreseeable but the Supplier or the Goods being modified by the Purchaser or being used together with products not provided by the Supplier.

4. In addition, with respect to claims by the Purchaser pursuant to above No. 1 a), Art. VII No. 4, 5 and 9 shall apply mutatis mutandis in the event of an infringement of an IPR.

5. Where other defects in title occur, Art. VII shall apply mutatis mutandis.

6. Any other claims of the Purchaser against the Supplier or its agents or any such claims exceeding the claims provided for in this Art. VIII, based on a defect in title, shall be excluded.

## **IX. Impossibility of Performance; Adaptation of Contract**

1. To the extent that Goods are impossible to be carried out, the Purchaser shall be entitled to claim damages, unless the Supplier is not responsible for the impossibility. The Purchaser's claim for damages shall, however, be limited to an amount of 10 % of the value of the part of the Goods which, owing to the impossibility, cannot be put to the intended use. This limitation shall not apply in the case of mandatory liability based on intent, gross negligence or injury of life, body or health; this does not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser. The right of the Purchaser to cancel the contract shall remain unaffected.

2. Where unforeseeable events within the meaning of Art. IV No. 2 substantially change the economic importance of the contents of the Goods or considerably affect the Supplier's business, the contract shall be adapted taking into account the principles of reasonableness and good faith. Where doing so is economically unreasonable, the Supplier shall have the right to cancel the contract. If the Supplier intends to exercise its right to cancel the contract, it shall notify the Purchaser thereof without undue delay after having realised the repercussions of the event; this shall also apply even where an extension of the delivery period had previously been agreed with the Purchaser.

## **X. Other Claims for Damages**

1. Any claims for damages and reimbursement of expenses the Purchaser may have (hereinafter: Claims for Damages), based on whatever legal reason, including infringement of duties arising in connection with the contract or tort, shall be excluded.

2. The above shall not apply in the case of mandatory liability, e.g. under the German Product Liability Act, in the case of intent, gross negligence, injury of life, body or health, or breach of fundamental contractual obligations ("wesentliche Vertragspflichten"). Fundamental contractual obligations are such obligations that are necessary to perform to achieve the objective of the contract. However, Claims for Damages arising from a breach of a fundamental contractual obligation shall be limited to the foreseeable damage which is intrinsic to the contract, and the Supplier shall be liable only to a limit corresponding to the maximum liability of product liability insurance of the Supplier in the amount of 5,000,000.00 Euros per claim for personal injury and property damage as well as product property damage, including inspection and sorting costs in the amount of 100.000,00 Euro per claim, unless caused by intent or gross negligence or based on liability for injury of life, body or health. In these cases, the Supplier shall be liable without limitation according to the mandatory statutory provisions. The above provision does not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Purchaser. To the extent the liability of the Supplier is excluded or limited under this section, this shall also apply to the personal liability of its vicarious agents.

3. To the extent that the Purchaser has a valid Claim for Damages according to this Art. X, it shall be time-barred upon expiration of the limitation period applicable to Defects pursuant to Art. VII No. 2. In the case of claims for damages under the German Product Liability Act, the statutory provisions governing limitation periods shall apply.

## **XI. Venue and Applicable Law; Data Protection**

1. If the Purchaser is a businessperson, sole venue for all disputes arising directly or indirectly out of the contract shall be the Supplier's place of business. However, the Supplier may also bring an action at the Purchaser's place of business.

2. Legal relations existing in connection with this contract shall be governed by German law, to the exclusion of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods

(CISG).

3. The Purchaser agrees that the Supplier stores and processes data in the context of the purpose of the contract in machine-readable form pursuant to Sec. 28 of the German Federal Data Protection Act (BDSG). The data shall be kept confidential. Furthermore, Purchaser and Supplier agree to treat any non-generally available information, which they might acquire in the course of the business relationship, as confidential.

## **XII. Severability Clause**

The legal invalidity of one or more provisions of this contract shall in no way affect the validity of the remaining provisions. This shall not apply, if it would be unreasonable for one of the parties to continue the contract.

Amendments or additions to the contract must be made in writing to be effective. This shall also apply to amendments of this written form requirement.